

Absender:

Empfänger:

[Frau / Herrn MdB / MdL Vorname Nachname]

Mitglied des [Deutschen Bundestages / Landtages]

[Wahlkreisbüro / Parlamentsadresse]

Datum: [Aktuelles Datum]

**Betreff: Dringender Handlungsbedarf bei der EEG-Novelle 2027 und dem
Netzanschlusspaket – Schutz der Bürgerenergie**

Sehr geehrte/r Frau/Herr [Nachname],

als [Mitglied des Deutschen Bundestages / Landtagsabgeordnete/r] aus unserer Region tragen Sie entscheidende Verantwortung für die Ausgestaltung der Energiewende und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort. Für [mich als Geschäftsführer/in / Mitarbeiter/in / Bürger/in bei Firmenname/Initiative] aus [Ort] sind Sie eine wesentliche Ansprechperson.

[Ggf. kurzes Firmenprofil ergänzen: Abgeordnete reagieren deutlich stärker auf lokale Unternehmen als Arbeitgeber. Eventuell einen kurzen Satz zu Mitarbeiterzahl, Ausbildungsplätzen oder Gründungsjahr einfügen.]

Ich wende mich heute an Sie, weil die anstehenden Bundestagberatungen zum **EEG 2027** und zum **Netzpaket** den dezentralen Solarausbau, besonders bei Kleinanlagen, massiv bedrohen.

Wie gravierend die Neuregelungen wirken, belegt die wissenschaftliche **PV2027-Studie** von aquu, die im Auftrag des Solarenergie-Förderverein Deutschland erstellt wurde: Für neue **PV-Anlagen bis 25 kWp** droht ab 2027 bei fehlenden Smart Metern eine

Nulleinspeisung. Bei typischen Dachanlagen werden dadurch 69 % des Solarstroms sinnlos abgeregelt. Die Stromgestehungskosten verdreifachen sich auf 31 Cent/kWh, und die Amortisation gängiger PV-Anlagen mit Speichern verlängert sich um zehn auf über 25 Jahre. Damit wird Privathaushalten auf Ein- und Mehrfamilienhäusern die Investitionsgrundlage entzogen. Besonders irritierend wirkt dies bei Investitionen auf Grund von Solardachpflichten im Neubau und bei Dachsanierungen. Werden Bürgerinnen und Bürger zukünftig zu unwirtschaftlichen Investitionen gezwungen? Auf Grund fehlender Smart Meter und mangelnde Direktvermarktung-Angebote fehlt auch der Ausweg, für den Überschussstrom eine Vergütung zu bekommen und aktiv an der Energiewende teilzuhaben. Statt einer geordneten Marktintegration von Solarenergie droht somit ein abrupter Nachfrageeinbruch, der Handwerk und Arbeitsplätze in der Solarbranche erneut gefährdet.

Zusätzlich drohen **Verschlechterungen beim Netzanschluss**: Ein zentraler Kritikpunkt ist die einseitige Verlagerung von Marktrisiken und strukturellen Netzausbau-Versäumnissen auf die Anlageninvestoren und -investorinnen. Das führt u.a. zur bürokratischen Überfrachtung bei Netzanschlussbegehren, zum Finanzierungsdruck durch Übernahme von Netzausbaukosten über den Baukostenzuschuss und zum Entschädigungsentzug bei Abregelungen. Gleichzeitig lassen die Entwürfe die nötige Weitsicht bei Bürgerenergie und Speichertechnologien vermissen.

Im Hinblick auf die anstehenden parlamentarischen Beratungen möchte ich Sie um die Beantwortung folgender zentraler Fragen bitten:

1. **Zustimmung oder Änderungsbedarf**: Werden Sie der EEG-Novelle 2027 und dem Netzanschlusspaket in der derzeit vorliegenden Fassung zustimmen oder sehen Sie noch nachsteuernden Änderungsbedarf?
2. **Auswirkungen auf Akteure vor Ort**: Welche konkreten Auswirkungen erwarten Sie durch die geplanten Neuregelungen für private PV-Dachanlagen, Bürgerenergiegesellschaften, Energiegenossenschaften sowie kleine und mittelständische Unternehmen?
3. **Einsatz innerhalb der Fraktion**: Für welche konkreten Nachbesserungen und Schutzregeln werden Sie sich innerhalb Ihrer Fraktion und in den zuständigen Fachausschüssen einsetzen?

Ich wende mich keineswegs gegen eine sinnvolle Markt- und Systemintegration der Photovoltaik. Ich benötige jedoch einen realistischen und praxistauglichen Übergang, der dezentrale Bürgerenergie-Investitionen weiterhin ermöglicht und den Ausbau kleiner Dachanlagen nicht zum Erliegen bringt.

Ich bitte Sie eindringlich, sich im parlamentarischen Verfahren für folgende praxistaugliche Nachbesserungen einzusetzen.

1. **Verlässlicher Vergütungsrahmen:** Erhalt einer unbürokratischen, verlässlichen und wirtschaftlich tragfähigen Vergütung für kleine Photovoltaikanlagen über 2026 hinaus.
2. **Keine Direktvermarktungspflicht unter 100 kWp:** Verzicht auf eine Verpflichtung zur Direktvermarktung für kleine Solarstromanlagen. Der Strom muss weiterhin unkompliziert durch Netzbetreiber gebündelt vermarktet werden können.
3. **Praxistaugliche Netzanschlüsse:** Echte Vereinfachungen im Netzpaket, damit dezentrale Anlagen ohne langwierige Bürokratie und Hürden ans Netz gehen können.

[Optional: Gerne würde ich mit Ihnen über die Auswirkungen der geplanten Regelungen diskutieren.]

Mit freundlichen Grüßen

[Vorname Nachname]

[Funktion / Rolle]

[Unternehmen / Organisation]

[Anschrift]

[Telefonnummer] | [E-Mail-Adresse]